

ZUR BAUMFÄLLAKTION AM DORFBACH IN HASLACH

Zu der Baumfällaktion am Dorfbach in Haslach, die viel Protest hervorgerufen hat, hat Ulrich Glaubitz folgenden Leserbrief verfasst und an die Badische Zeitung (BZ) geschickt. Wir möchten diesen Brief hier gerne hier veröffentlichen und damit all unseren Lesern zugänglich machen:

Es ist lobenswert, daß die BZ über den Protest und die Empörung der Bürger anlässlich der massiven Baumfällungen der letzten Wochen und Monate berichtet und auch den sprachkritischen Kommentar eines Bürgers erwähnt, der die Fällaktion in Haslach zutreffend als „Denaturierung“ bezeichnet. Die Einlassungen der Vertreter der Stadtverwaltung, zitiert im BZ-Artikel „Renaturierung mit Säge“ vom 5.3.2016, sollten aber nicht unkommentiert stehen bleiben. Darum dieser Leserbrief.

Man habe der Bürger „Resonanz unterschätzt“ sagt Matthias Heigold vom GuT. Das ist nun wirklich wenig glaubwürdig, wenn man bedenkt, daß bei Planungen mit Bürgerbeteiligung (z.B. ZAK in Betzenhausen) über das Thema Baumfällungen bis kurz vor dem Anwerfen der Kettensäge nicht gesprochen wird. Nein: Das Gegenteil ist richtig: Die Verwaltung weiß genau, wie unpopulär Baumfällungen sind; deshalb versucht sie, solche Planungen möglichst nur ganz diskret in die öffentliche Debatte zu geben.

Der Haslacher Dorfbach sei in seinem jetzigen Zustand „ein totes Gewässer“, weil für Fische „Stufen im Bachbett“ ein Hindernis seien und „Kleinstlebewesen“ sich „nicht wohl“ fühlten. Auch diese unbegründeten Behauptungen können nicht überzeugen, wenn man sich vor Ort begibt und den Bach in Augenschein nimmt. Schön wäre es auch, wenn sich die Verantwortlichen um die etwas größeren Lebewesen, uns Bürger nämlich, ebenso sorgten. Die Bäume erhalten unsere Atemluft, die durch steigenden Verkehr und Klimawandel bedroht ist. Der Slogan auf den Wahlplakaten der Grünen „Wir erhalten, was uns erhält“ sei hiermit unserem OB aufs Butterbrot geschmiert.

Auch der Hochwasserschutz muß als Argument herhalten, ein kleines Brücklein sei „häufig nicht passierbar“. Von Haslacher Bürgern hört der Schreiber dieser Zeilen das Gegenteil: Maßlos übertrieben.

Mit dem Satz „Die Bäume hätten im Weg gestanden – und wären sowieso verfault, weil sie durch den neuen Bachlauf nasse Füße bekämen“ wird Thomas Lindinger vom GuT zitiert. Dieser Standpunkt birgt nun aber eine Arroganz, die den Bürger zornig macht. Es ist höchste Zeit, daß in Freiburg eine effiziente Pflanzenschutzsatzung geschaffen wird, die solche selbstherrlichen und zerstörerischen Projekte der Verwaltung vereitelt. Für die Fraktionen im Gemeinderat besteht Handlungsbedarf, weil das

GuT in seiner aktuellen Verfassung die Natur im Stadtgebiet nicht schützt sondern preisgibt. Es ist auch offensichtlich, daß die ungute Verquickung von G „Garten“ und T „Tiefbau“ im GuT aufgelöst werden sollte, damit zwei separate Ämter ihre naturgemäß unterschiedlichen Interessen transparent in der öffentlichen Debatte vertreten können.

Fassungslos ist der Bürger jedoch, wenn er jetzt zur Kenntnis nehmen muß, daß das Projekt am Haslacher Dorfbach, für das 500.000 EURO (!) an Steuergeldern ausgegeben werden, als „ökologischer Ausgleich“ für den Naturflächen-Verbrauch beim Bau des neuen Rathauskomplexes im Stühlinger dienen soll. Wie soll man da nicht vom Glauben abfallen! Freiburg Green City, sagen die Werbefuzzis vom Rathaus. Freiburg Black Town, sagt die betonierte Wirklichkeit.

Ulrich Glaubitz

GLYPHOSATVERBOT AUF STÄDTISCHEN FLÄCHEN



Die Hansestadt Hamburg hat aus der hitzigen Debatte um das Pflanzengift Glyphosat Konsequenzen gezogen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit dem umstrittenen Wirkstoff an öffentlichen Orten wie Straßen, Wegen oder

Friedhöfen wurde gestoppt, um die Bürgerinnen und Bürger vor einer möglichen krebserregenden Wirkung zu schützen. Dies gilt jedoch nur vorläufig, bis die Neubewertung des Wirkstoffes durch Institute im In- und Ausland endgültig abgeschlossen ist. Hamburg folgt damit dem Vorbild einiger Baumärkte, die bereits letztes Jahr verkündet hatten, glyphosathaltige Mittel vorsorglich aus ihrem Sortiment zu verbannen.

Auch die Stadt Freiburg sollte sich ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung bewusst sein und diese vor möglichen Auswirkungen des Totalherbizids schützen, indem die Ausbringung glyphosathaltiger Mittel an öffentlichen Orten in Freiburg verhindert wird.

Zu diesem Thema hat die Fraktionsgemeinschaft FL/FF am 25.12.2016 folgende Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt: [Anfrage zu Glyphosat](#)

Hier die Antwort der Stadtverwaltung: [AE_Abt II_Verwendung Glyphosat_20161802_FLFF_Vorsitzenden](#)

Siehe dazu auch aus dem Programm von Freiburg Lebenswert: <https://freiburg-lebenswert.de/unser-programm/landwirtschaft/>

DAS BIENENSTERBEN GEHT WEITER

So ein Titel in der Badischen Zeitung vom 7. April. Bienen, aber auch andere Insekten sind lebenswichtige Bestäuber unserer Ertragspflanzen, ohne sie würde es zu schweren Krisen in unserer Nahrungskette kommen. Im Rahmen von Konsultation der EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) über Leitlinien zur Pestizidexposition von Anwendern, Arbeitern, Anwohnern und Umstehenden hat die Behörde festgestellt, dass bei drei Pestiziden etliche Risiken für Bienen bestehen. Diese Nervengifte sollen 7000-fach giftiger als das seit langen verbotenen DDT sein. Es besteht zwar ein Verbot für den Einsatz bei bestimmten blühenden Pflanzen, auf Rübenäckern und auf Feldern mit Wintergetreide ist der Einsatz aber weiterhin möglich.



Ein Bienenschwarm nistet in einer Baumhöhle in Freiburg Herdern (Foto: M. Managò)

Um solche Auswirkungen zu verhindern tritt die Liste Freiburg Lebenswert für eine umweltschonende Landwirtschaft ein. Und dies namentlich auf der Gemarkung Freiburg, weil hier der Gemeinderat Einfluss nehmen kann (die Stadt ist Eigentümerin landwirtschaftlich genutzter Flächen). Eine umweltschonende Landwirtschaft bedeutet eine zukunftssichere Lebensmittelproduktion und Schonung unsere leben-

swichtigsten Ressourcen, nämlich der Leben spendenden Bodenkrume und des Trinkwasser generierenden Grundwassers.

Weltweit sterben Milliarden von Bienen. In Europa gibt es jetzt schon viel zu wenig Bienen, um die Nutzpflanzen zu bestäuben und in den letzten Jahren haben Imker in Deutschland, Österreich und der Schweiz große Teile ihres Bienenbestands verloren. Es spielt sich eine Umweltkatastrophe ab, die uns alle bedroht. Denn ohne Bestäubung durch Bienen werden die meisten Pflanzen und $\frac{1}{3}$ unserer Lebensmittel verschwinden.

Das Umweltaktionsnetzwerk "AVAAZ" hat für Spenden zur Rettung der Bienen aufgerufen. Mehr unter www.avaaz.org

Siehe in unserem Programm unter [Landwirtschaft](#)

Link zum [BZ-Beitrag](#)